

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Bezugspreise für den Jahresabonnement: 12 Monate 20 Mark, 6 Monate 11 Mark, 3 Monate 6 Mark. Einzelhefte 50 Pfennig. Ausland: 20 Mark pro Jahr. Postamt Leipzig Nr. 1000

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 17

Freitag, den 21. Januar 1927

22. Jahrgang

### Briand vor dem auswärtigen Kammerauschuß.

#### Bereit zur Verständigung über vorzeitige Räumung.

Paris, 19. Jan. Ueber die heutige Sitzung des Kammerauschusses für auswärtige Angelegenheiten wird folgendes offiziell kommuniziert verbreitet: Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten ist heute nachmittag zusammengetreten, um den Bericht des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Briand über die auswärtige Lage entgegenzunehmen. Briand erstattete sehr ausführlichen Bericht über die in P. Carno und Thoiry verfolgte Politik und erklärte, daß er unter allen Umständen mit der Regierung in vollem Einvernehmen gewesen sei. Er hat ferner auseinandergesetzt, daß die interalliierte Militärkontrollkommission am 31. Januar durch einen Untersuchungsausschuß des Völkerbundes, der von einem französischen General geleitet werde, ersetzt werden würde. Was die Räumung des Rheinlandes betrifft, so hat Briand erklärt, daß diese Frage in Genf nicht gestellt worden ist. Er hat gegen die darüber geführte Kampagne protestiert. Der Minister ging dann auf die Lage in Europa und im fernem Osten ein. Er teilte mit, welche Friedenspolitik

Frankreich überall verfolgt habe. Wadann antwortete er auf verschiedene an ihn von Ausschußmitgliedern gerichtete Fragen und erklärte wiederholt, daß bei der Durchführung dieser Politik in keinem Augenblick die Regierung und das Parlament wegen der ernststen Fragen, die aufgeworfen würden, vor eine vollendete Tatsache gestellt werden würden, und daß er in dieser Hinsicht in Zukunft ebenso handeln werde wie bisher.

Von unterrichteter Seite erfährt der Vertreter der T.-U. über den Verlauf der Sitzung noch folgendes:

Auf Befragen erklärte Briand, daß er bereit sei, sich mit Deutschland über eine vorzeitige Räumung zu verständigen, wenn er die Klarheit über die Entwicklung der Dinge zwischen heute und dem 1. Februar oder nach den Beschlüssen der Untersuchungskommission des Völkerbundes habe, Beschlüsse übrigens, in die er volles Vertrauen setze. Auf der anderen Seite versicherte Briand, daß er nicht das geringste Mißtrauen gegenüber Deutschland habe.

### Chinesen greifen amerikanische Dampfer an.

London, 19. Jan. Nach englischen Agenturmeldungen aus Schanghai ist heute in einer japanischen Baumwollspinnerei in Schanghai ein Aufruhr ausgebrochen. Drei Chinesen wurden getötet, mehrere verwundet. Die drei Toten wurden später als bekannte, fremdenfeindliche Agitatoren identifiziert. Versuche von Chinesen, bei Itchang amerikanische Dampfer anzugreifen, wurden durch amerikanische Marinekräfte verhindert.

Nach Meldungen aus Peking haben die militärischen Führer der Kantontuppen beschlossen, Kantshang, 80 Meilen südlich des Jantsu, zur neuen Hauptstadt zu machen, statt, wie zuerst beabsichtigt, die Häfen Hankau, Kantang und Wuitshang zu einer Hauptstadt zu vereinigen. Diese Veränderung soll als Vorsichtsmaßnahme gegen Angriffe vom Fluß her getroffen sein, da nur Landkräfte nach Kantshang vordringen können.

Reuter meldet aus Malta, daß das erste Kreuzergeschwader heute Malta in Richtung Schanghai verlassen habe.

### Eine Kundgebung der Pekingener Universitätsprofessoren.

Peking, 19. Jan. (Reuter.) Der Verband der Professoren der Pekingener Nationaluniversität hat an die Mitglieder des britischen Parlaments ein Telegramm gesandt, das besagt, die britische Niederlassung in Hankau sei jetzt unter chinesischer Verwaltung und dürfe unter keinen Umständen zurückgegeben werden.

### Japan und die Frage der Konzessionen in China.

Tokio, 19. Jan. Zu dem Beschluß der belgischen Regierung, die belgische Konzession in Tientsin an China zurückzugeben, erklärt der Berichterstatter des Reuterschen Büros, daß die japanische Regierung nicht der Meinung ist, daß es dadurch für Japan erforderlich wird, ebenso zu verfahren, obgleich das von China gewünscht werde. Die belgische Konzession wird als einer anderen Kategorie zugehörig betrachtet als die Konzessionen Japans, Englands und Frankreichs in Tientsin.

### Polen und die deutschen Ostfestungen.

Paris, 19. Jan. „Matin“ will erfahren haben, daß die Unterredung, die Minister Briand gestern mit dem polnischen Botschafter Chaplowski hatte, sich auf die Frage der deutschen Ostfestungen bezogen habe. Der polnische Botschafter habe Briand von der öffentlichen Meinung in Polen und von dem Standpunkt seiner Regierung zu diesem Problem unterrichtet.

### Mussolini beruft den Pariser Botschafter ab.

Paris, 19. Jan. Die Meldung eines Morgenblattes über den bevorstehenden Rücktritt des italienischen Botschafters in Paris, Baron Azzogno, wird nunmehr offiziell bestätigt. Als sein Nachfolger war ursprünglich der italienische Finanzminister, Volpi, genannt worden, doch scheint Mussolini im letzten Moment anderen Sinnes geworden zu sein, da er mit Rücksicht auf die prekäre Lage der italienischen Finanzen auf die Mitarbeit Volpis nicht verzichten zu können glaubt. An Stelle Azzognos wird der bisherige italienische Botschafter in Warschau, Mangoni, in das Palais in der Rue de Valenciennes einzutreten.

### Französische Auslandsanleihe für die Staatsbahnen.

Paris, 19. Jan. Wie die Agence Havas aus Zürich meldet, hat Volcans in seiner Eigenschaft als Finanzminister mit dem Credit Suisse in Zürich eine Anleihe von 180 Millionen Schweizer Franken zu 7 Prozent für die französischen Staatsbahnen abgeschlossen. Von dieser Summe sollen 25 Millionen in Holland und 25 Millionen in Schweden zur Zeichnung aufgelegt werden. 50 Millionen sollen anderwärts im Auslande untergebracht werden.

### Volkspartei und Regierungsbildung.

Zu der parteioffiziellen Mitteilung über die gestrige Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: In der starken Betonung der von Dr. Curtius gepflogenen Verhandlungen und in dem Hinweis auf die bisherigen Beschlüsse der Fraktion liegt ein starker Druck gegen alle Versionen, die die Volkspartei werde ihr bisheriges Ziel aufgeben und sich der stillen Koalition mit Links fügen. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: In der Mitteilung kommt ganz klar zum Ausdruck, daß die Fraktion die Verhandlungen zur Herbeiführung einer gesamtdeutschen Koalition auch jetzt noch für aussichtsreich hält und eine endgültige Klärung dieser Möglichkeit wünscht. Die Fraktion hält den Übergang zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen für den einzig möglichen Weg. Das „Berliner Tageblatt“ will sogar wissen, daß in Konsequenz des Ergebnisses der gestrigen Fraktionsberatung der Deutschen Volkspartei bereits gestern abend der Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz erneut Verhandlungen mit Vertretern der Deutschnationalen, vor allem mit Graf Westarp, gepflogen habe. Die „Germania“ schreibt, man nehme an, daß Dr. Marx in der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Absage erblickt. Von einer Rückgabe des Auftrages an den Reichspräsidenten sei daher zurzeit keine Rede. Der „Vorwärts“ schlägt als Ausweg aus den Schwierigkeiten vor, daß Dr. Marx seine Ministerliste und sein Programm aufstellt und beide so einrichtet, daß der Sozialdemokratie die Unterstützung nicht unmöglich gemacht wird.

### Die Sozialdemokratie hat gegen ein Kabinett der Mitte nichts einzuwenden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit, daß sie den Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die Verhandlungen von Dr. Marx wegen der Bildung eines Kabinetts der Mitte mit sozialdemokratischer Unterstützung entgegengenommen hat.

Nach etwa zweifelhafte Aussprache wurde nahezu einstimmig ein Beschluß des Inhalts gefaßt, daß die Fraktion grundsätzlich gegen ein Kabinett der Mitte nichts einzuwenden habe, daß sie sich ihre letzte Entscheidung aber vorbehalten, bis über Zusammensetzung und Programm eines solchen Kabinetts Klarheit besteht.

### Die Demokraten lassen Gehler fallen.

Die demokratische Fraktion hat in abschließender Form ihr Verhältnis zu dem bisherigen Reichswehrminister Gehler geregelt. Sie hat festgestellt, daß Dr. Gehler die Aufgabe, die er sich gestellt hat, die Reichswehr zu einem Volksherrn zu machen, nicht durchzuführen vermag, und daß die Voraussetzungen, die 1920 dazu führten, daß die demokratische Fraktion ihn als Reichswehrminister vorschlug, nicht mehr gegeben sind.

### Das Kabinett für Gehler?

Berlin, 19. Jan. Wie verlautet, tritt für Dr. Gehler das gesamte Reichskabinett einschließlich des Herrn Küll ein. Der Abgeordnete Koch erklärte sich von seiner Unterhaltung mit dem Minister Küll sehr unzufrieden. Besonders hervorzuheben ist, daß der Außenminister sich persönlich sowohl bei Herrn Marx wie beim Reichspräsidenten für Gehlers Verbleiben im Amt eingesetzt hat. Der Ausweg aus dem parlamentarischen Kampf um Gehler könnte aber letzten Endes ein freiwilliger Verzicht Gehlers sein.

### Kurze Reichstagsitzung.

Berlin, 19. Jan. Nach einer Weihnachtspause von einem Monat ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Eine Regierung ist noch nicht zustande gekommen.

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung mit einem Nachruf für den verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Jubeil, an dessen Stelle der Schriftsteller Heintz in den Reichstag eingetreten ist.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Reichstag habe durch seine fünf Wochen Ferien die Mitverantwortung für die Verschärfung der Krise übernommen. Er beantragt die Auflösung des Reichstages.

Der kommunistische Antrag soll auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt werden.

Ohne Aussprache wird in allen drei Besungen angenommen der Gesetzentwurf über das zwischen der deutschen und der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes vereinbarte Protokoll vom 14. September 1926 über die Regelung des Arbeitsvertrages an der deutsch-französischen Grenze.

### Botschafter Golt abgereist.

Der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Golt, ist gestern abend von Berlin abgereist, um über Rußland nach Japan zurückzufahren, wo er, wie gemeldet, die deutsche Republik und den Reichspräsidenten persönlich bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Kaiser von Japan vertreten wird.

### Gründung eines deutsch-italienischen Wirtschaftsverbandes.

Berlin, 19. Jan. Gestern fand im Hause des neuen italienischen Generalkonsuls in Berlin, Dr. Fischer, die Begründung eines deutsch-italienischen Wirtschaftsverbandes statt. In der gestrigen Gründungsfeier wurde ein geschäftsführender Vorstand gewählt, dessen erster Vorsitzender Generalkonsul Dr. Fischer ist, während Baron von Nichte von dem auswärtigen Amt den stellvertretenden Vorsitz übernahm.

### Bestrebungen für eine schiedsgerichtliche Lösung des Konfliktes zwischen den U. S. A. und Mexiko.

Washington, 19. Jan. Die von dem Demokraten Robinson eingebrachte Resolution, die eine schiedsgerichtliche Lösung des Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko verlangt, wird, wie Reuter meldet, insbesondere von dem Senator Borah bestritten. Kellogg soll erklärt haben, er habe die Frage einer Anwendung des in der Resolution niedergelegten Grundgesetzes einer Prüfung unterzogen. Auch der Bundesrat der Kirchen und die amerikanische Arbeitervereinigung haben sich neuerdings zugunsten der schiedsgerichtlichen Lösung des Konfliktes in Mexiko ausgesprochen. Ferner erhielt Präsident Coolidge gestern eine von 400 Journalisten, Lehrern usw. unterzeichnete Adresse, die sich ebenfalls für eine schiedsgerichtliche Regelung ausspricht.